

Lieferkettengesetz: BRD-Regierung noch uneins

Berlin. Das in der Koalition kontrovers diskutierte Lieferkettengesetz, das Kinderarbeit und Hungerlöhne bei ausländischen Zulieferern eindämmen soll, kommt nicht voran. »Die Abstimmung innerhalb der Bundesregierung ist noch nicht abgeschlossen«, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Montag in Berlin. Ein solches Gesetz würde deutsche Unternehmen verpflichten, bei ausländischen Lieferanten die Einhaltung sozialer und ökologischer Mindeststandards zu garantieren. Das Vorhaben liegt seit Monaten auf Eis. Hauptstreitpunkt ist dem Vernehmen nach eine mögliche zivilrechtliche Haftung der Firmen. (dpa/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/394155.lieferkettengesetz-brd-regierung-noch-uneins.html>